

Meinungen der vier Landtagsparteien gehen auseinander

VADUZ Hauptdiskussionspunkte sind die 13. Rente, das sogenannte Weihnachtsgeld, und Reduktion der staatlichen Subvention. Aktuell wird die AHV in Liechtenstein mit einem jährlichen Staatsbeitrag von 50 Millionen Franken unterstützt. Die Regierung schlägt in der Vorlage eine Reduktion um 30 Millionen Franken auf neu 20 Millionen Franken pro Jahr vor. Während sich die FBP und die Unabhängigen hiermit einverstanden erklären, stösst diese bei der VU und der Freien Liste auf Kritik. FL-Präsident Pepo Frick sagte gegenüber Radio L, dass unter dieser massiven Reduzierung des Staatsbeitrages erneut der untere Mittelstand zu leiden habe. VU-Präsident Jakob Büchel ist ebenfalls der Ansicht, dass 20 Millionen Franken pro Jahr zu wenig seien. Er schlug daher gegenüber Radio L eine dynamische Subvention «um die 30 Millionen herum» vor. (red)